

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Bed'sche Buchdruckerei
Otto Bed.

Inserate: Kleine Petitzelle 20 Pf.
Beruf: Nr. 20.
Postcheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 282.

Montag, den 2. Dezember 1918.

75. Jahrgang.

Gärung und Klärung.

In Berlin verschärfen sich die Gegensätze unter den Gruppen und Parteien der Revolution. Die Gärung wächst. Auch in der Regierung wirkt sie, aber heftiger in den USA.

Die Männer der Regierung sind fast alle seit Jahren im ganzen Reiche bekannt. Überall weiß man, wer Ebert, wer Scheidemann, wer Haase ist. Man sieht ihre Verdienste wohl durch Parteibrillen, aber man macht sich doch ein Bild von ihnen. Anders die Führer in den USA. Von ihnen weiß und kennt man nichts. Die Umwälzung hat sie aus Sicht gebunden, ihren Macht und Einfluss gegeben. Was ist natürlicher, als daß da erst eine Periode der Gärung einsetzt, daß nur durch sie eine Klärung herbeigeführt werden kann?

Von diesem gärenden Most haben die letzten Versammlungen der Soldatenräte Broben geliefert. Schamhaft sind sie nicht. Im Lande wird man die Berichte mit Unwillen lesen, und dieser Unwillen richtet sich gewiß gegen die Hauptstadt, in der so viel Spektakel gemacht wird.

Berlin ist nirgends beliebt, vor allem in Süddeutschland nicht. Sogar in der Mark Brandenburg herrscht eine alte Abneigung gegen den Berliner; er gilt überall als ein Kiel, der den Mund sehr voll nimmt und sich für einen Auskund von Gescheitheit hält. Dies Urteil — Vorurteil — gegen den Berliner ist so einseitig wie möglich — er ist nämlich vor allen Dingen fleißig. Berlin ist die fleißigste Stadt der Welt; in ihr wird viele und gute Arbeit geleistet. Aber Berlin ist eine Millionenstadt; sie kann nicht so ruhig und behaglich sein und leben wie eine Kleinstadt, in der jedermann der Nachbar aller anderen ist, und das Leben sich in den einfachsten Beziehungen abspielt.

Es ist nicht ganz so schlimm in Berlin wie es nach den Versammlungsberichten scheinen muß. Vor allem ist es nicht so, wie einige militärische Stellen angeben, daß in Berlin Anarchie herrsche, zu deren Unterdrückung man Freiwilligenkorps bilden will. Von Anarchie kann jetzt nicht mehr die Rede sein, nicht einmal von Ordnung. Das Leben spielt sich in der Hauptstadt jetzt so geordnet ab wie nur jemals. Die Gärung beschränkt sich durchaus auf den Streit der politischen Parteien in den Versammlungen der USA. Diese haben gewiß eine große Macht in der Hand, und was in ihnen vorgeht, darf nicht unterschätzt werden. Man soll es aber auch nicht überschätzen.

In der Regierung schreitet die Klärung fort. Je absurd der Most in den Plänen gärt, desto stärker wird die Stellung der Regierung, in der Erfahrung und Einsicht ihren alten Rang als vorsichtige Mittelmittel bewahren. Während in den USA starke Worte gewechselt werden, bringt die neue Regierung die neue Maschine in Gang, arbeitet sie und bewältigt sie die Riesenaufgaben, die ihr aufgebürdet sind. Es wird bald Wahlen geben, und dann hören die Provisorien auf.

Gefährlicher als die Redeschlächte in Berlin sind ihre Wirkungen auf Leute, die gern Anarchie wittern und dann als Retter auftreten möchten. An solchen Leuten fehlt es nicht. In der heimkehrenden Frontarmee gibt es Truppenteile, die von der Umwälzung in Deutschland erst etwas erfahren, wenn sie über die Grenze kommen. Solch ein Truppenteil hat einige Mitglieder eines USA erschlagen, die Befehle der neuen Gewalt überbrachten und sie ausführen wollten. Dieser Vorgang ist zwar eine Ausnahme, und die erschlagenen Delegierten waren noch dazu Opfer ihrer eigenen Ungeschicklichkeit. Aber wenn es richtig ist, daß für ein Freiwilligenkorps zur Unterdrückung "Anarchie" geworben wird, dann droht von der heimkehrenden Front und ihrer Ahnungslosigkeit eine neue Gefahr.

Mit ihr zusammen trifft die Regierung zur Separation. Die Süddeutschen wollen das bisherige politische Übergewicht des preußischen Ostens aus der Welt schaffen, und dies Verlangen wäre selbst dann natürlich, wenn nicht die Angliederung Deutsch-Ostreichs und der Verlust preußischen Gebiets im Osten das Gewicht des Reichs nach Süden verschoben. Berlin wird nicht in dem Maße wie bisher der Mittelpunkt des Reiches bleiben können. Vielleicht wird es schon nicht mehr der Ort der verfassunggebenden Versammlung sein.

Auch diese Verschiebung der Kräfte und Gewichte kann nicht ohne gärende Übergangserscheinungen vor sich gehen. Über die erste Nationalversammlung wird bald Klarheit schaffen, wenigstens darüber, ob alle Teile des Reiches aufeinander angewiesen sind, einander stärken und stützen müssen, wenn sie nicht alle in die Ohnmacht der Kleinstaateneltern versinken wollen.

Die gefährlichste Separationslast ist die im Rheinland. In Berlin geben sonderbare Gerüchte um über Verhandlungen, die von hochrangigen Rheinländern mit Paris geführt werden. Was an diesen Gerüchten wahr ist, kann nicht aufgeklärt werden, aber sie sind nicht ohne Grund.

Nationalversammlung und Friedenskongress werden uns aus dem Zustande der Gärung zur Klarheit bringen. Die Verhandlungen über den Vorfrieden werden bald ihren Anfang nehmen. Wilson läuft sich nach Europa ein, wird vielleicht schon die nächste Woche in der alten Welt an Land gehen. Dann lichtet sich auch der Zustand des Übergangs, des Waffenstillstandes, der uns in die Hand siegeskroneuer Generale gelegt hat.

Also: die Dinge sind immerhin nicht so arg, wie es von außen scheinen kann. Der Widerwart töbt sich mehr in Worten aus; — die Tatsachen wirken jetzt anders. Sie nehmen eine starke Wendung zur Aufhellung und Verfestigung. Die Pole der neuen Alte Deutschlands, Nationalversammlung und Friedenskongress, treten aus dem Ungewissen hervor und werden bald unter öffentliches Leben bestimmen.

Für die Nationalversammlung.

Beschluß der Mehrheitssozialisten.

Berlin, 29. November.

Der Verteilungskonsort der sozialdemokratischen Partei hat einstimmig einen Beschuß gefaßt, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Partei seit einem halben Jahrhundert für die politische Gleichberechtigung aller Volksgenossen gekämpft hat. Indem die Partei ihre Entschlossenheit ausdrückt, die Errungenschaften der Revolution gegen alle gegenrevolutionären Bestrebungen bis aufs lezte zu verteidigen, wendet sie sich zugleich mit Entschiedenheit gegen alle, die dem deutschen Volke das Selbstbestimmungsrecht vorerhalten wollen, sei es auch unter dem Vorwand, es durch die Diktatur gegen seinen eigenen Willen beglücken zu können. Die sozialdemokratische Partei fordert die schlußlose Einberufung der Nationalversammlung; sie ist jeden Tag bereit, dem Volke über ihre bisherige Tätigkeit Rechenschaft zu geben und erwartet mit Zuversicht sein Urteil. In der gleichen Sitzung wurde auch darauf hingewiesen, daß Bestrebungen im Gange seien, eine Regierung Haase-Viecknecht zu bilden.

Wie in Berlin bekanntgegeben wird, sind sämtliche Punktionen von "Unabhängigen" besetzt, die der Spartakusgruppe nahestehen. Sie verbreiten Nachrichten, die ihren eigenen Wünschen und Interessen entsprechen. Die Presse des In- und Auslandes wird davor gewarnt, diesen Nachrichten Glauben zu schenken. Die Regierung lehnt jede Verantwortung für diese Meldungen ab.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Der Rat der Volksbeauftragten hat die Verordnung über die Wahlen zur Verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) angenommen. Das Wahlrecht wird den Grundsätzen des Aufrufs vom 12. November 1918 entsprechen. Das Reich wird in dem Gebietsumfang vom 1. August 1914, ohne daß damit der Entscheidung der Friedensverträge vorgegriffen wird, in 38 Wahlkreise eingeteilt, in denen nach der Einwohnerzahl je 6—16 Abgeordnete zu wählen sein werden. Die Wahlen sollen am 16. Februar 1919 stattfinden. Das Reichswahlgesetz und die dazu gehörige Wahlordnung werden im Reichsgesetzblatt verkündet werden.

Die Friedenskonferenz in Paris.

Bemühungen des Papstes.

Paris, 29. November.

Die Friedenskonferenz soll nun doch, wie die französische Presse bestätigt, in Paris im Ministerium des Außen und nicht in Versailles tagen. Wilson und Lord George treffen gleichzeitig dazu ein.

Bei Zusammentritt der vorbereitenden Sitzung werden die Delegierten einen Ausschuß ernennen, der die verschiedenen Fragen im einzelnen zu studieren und der Konferenz Berichte vorzulegen hat, deren Beschlüsse endgültigen Charakter haben werden. Die Kardinale Gibbons und Mercier haben Wilson gebeten, einen Vertreter des Papstes auszulassen, da die Konferenz aufgefordert werden sollte, auch die römische Frage zu regeln.

Wer trägt die Schuld am Kriege?

Was Staatssekretär a. D. Zimmermann sagt.

Der beim Kriegsausbruch als Unterstaatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt tätige spätere Staatssekretär des Auswärtigen Zimmermann, der in dem durch Eisner veröffentlichten Schriftstück mehrfach genannt wird, sagt in einer Erklärung, es sei schon zur Zeit des Mordes von Sarajevo allgemein bekannt gewesen, und später durch aufgefundeene Dokumente belegt worden, daß Serbien schon seit Jahren Dokumente belegt hätten, daß Serbien den Krieg österreichisch-ungarischen Ge- bietes angestrebt hätte.

Dagegen hätte Österreich-Ungarn sich wenden und eine Neuordnung des Balkan anstreben müssen unter Heraushebung Bulgariens an den Dreibund. Diese Sachlage wurde erläutert in einer Denkschrift und einem handschreiber Kaiser Franz Josephs, die am 5. Juli an Kaiser Wilhelm übergeben wurden. Das sei die einzige Tatsache, die den Anlaß zur Legende vom Potsdamer Kronrat gegeben habe. In der Antwort wurde eine Stellungnahme Deutschlands zur serbischen Frage abgelehnt, aber betont, daß Deutschland seinem Bündnis mit Österreich-Ungarn treu bleiben werde. Deutschland habe also weder zugeredet noch angestachelt und erfuhr den Inhalt des ausschlaggebenden Ultimatums an Serbien erst später.

Der Fall Eisner.

Clemenceau streitet alle Bestrebungen ab.

Berlin, 29. November.

Clemenceau, auf dessen Autorität sich der bayerische Ministerpräsident Eisner bei seinen Veröffentlichungen über die Schuld am Kriege und seinen Absatz von Berlin mehr oder minder deutlich stützt, will von nichts wissen und behauptet, weder mit Eisner noch mit seinem Vertreter Professor Foerster in Bern jemals in Beziehungen getreten zu sein. Das französische amtliche Bureau Havas schreibt:

Paris, 29. November.

Aus Berlin wird berichtet, daß die Wilhelmstraße erhöhte, die Münchener Veröffentlichung über die Geschichte der Kriegseinleitung sei von dem bayerischen Vertreter in Bern, Professor Foerster, veranlaßt worden, der auf den Rat eines Vertreters Clemenceaus keine Regierung gebeten habe, die erwähnten Urkunden zu veröffentlichen, da diese dazu dienen könnten, den Friedensschluß schneller herbeizuführen. Die Agence Havas kann demgegenüber erklären, daß diese Meldung keine Wahrheit ist. Niemals hat Clemenceau in irgendeinem Augenblick oder in irgendeiner Form Bestrebungen mit amtlichen oder halbamtslichen Agenten Norddeutschlands oder Süddeutschlands gehabt. Keiner von ihnen kann von der französischen Regierung beeinflußt sein.

Zum übrigen wollen Münchener gutunterrichtete Leute wissen, daß Eisners Vorgehen durchaus nicht den Verfall der überwiegenden Mehrheit des bayerischen Volkes besiegt habe, ja selbst in München nur eine kleine Minderheit hinter sich habe, so daß die Dauer seiner jüdischen Machtvolkommenheit durchaus nicht sicherer Grundlage habe.

München soll Vorort von Deutschland sein.

In einer Unterredung mit dem Vertreter eines Berliner Blattes äußerte sich Eisner, aus dem Konflikt mit Solf und Präsidenten wolle er alle Konsequenzen ziehen, bis zum selbständigen Vorgehen Bayerns. Der ganze Süden nebst Rheinland und Westfalen würde sofort auf seiner Seite, wenn es gegen die Berliner Methode gehe. Und in einer Sitzung des bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauertrates sagte der Ministerpräsident, die Berliner Regierung repräsentiere jetzt die Gegenrevolution, die er mit seiner Veröffentlichung über die Schuld am Kriege in die Luft zu sprengen verucht habe. Eisner fuhr fort:

Die Presse ist angesetzt über die Absichten der Entente, hier oder dort in Deutschland mit Truppenmacht einzurücken. Das alles ist, wie ich aufentlich sagen kann, erfolgt und erfüllt. Heute wurde ich vom Hauptquartier antelefoniert. Es ist festgestellt worden, daß auch jede Kundgebung, die den Namen Hindenburg trägt, wenn nicht von dem Auswärtigen Amt dictirt, so doch veranlaßt worden ist. Was Berlin tut, ist, daß die Massen sich rütteln und eine vertrauensvolle Regierung schaffen. Bis dahin wird München wütend der Vorort von Deutschland sein. Wir können uns nicht mehr dem verbrecherischen Wirken einer kleinen Herde von Männern ausliefern, die um ihre Trümmern sitzen.

Kurt Eisner schloß mit einem Appell an die Entente, befreite die Unmöglichkeit, die Produktion in dem Augenblick zu vergessenen Waffen, wo sie völlig zerstört sei. Wenn es nicht anders möglich sei, müsse der Frieden für ganz Deutschland von Bayern aus erlangt werden.

Bayerische Bevollmächtigte zum Friedenskongress.

Haag, 29. November.

"Morning Post" meldet, die neue bayerische Regierung habe bereits am 24. November bei der Entente anfragen lassen, wie sie sich zur Errichtung besonderer Bevollmächtigter Bayerns zur kommenden Friedenskonferenz stelle.

Wählt Dr. Solf im Amt?

Berlin, 29. November.

Die Nachricht, daß Solf seine Demission eingerichtet hätte, ist unrichtig. Sollte er schließlich gleichwohl gehen, so wäre das keinesfalls auf das Eisnerische Vorgehen, sondern auf seinen Gegenstand zu Haase zurückzuführen, den dieser bereits auf der Reichskonferenz erwähnt hat. Sämtliche Beamte der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes haben sich mit Staatssekretär Solf solidarisch erklärt. Sie glauben, zweckmäßig nur weiterarbeiten zu können, wenn eine einheitliche Reichspolitik getrieben wird, die repräsentative Nationalversammlung baldigt zusammentritt und unverantwortliche Kreise nicht länger die deutsche auswärtige Politik führen.

Ordnung und Zusammenhalten!

Hindenburg an das Feldheer.

Generalfeldmarschall Hindenburg warnt in einem Erlass an das Heer vor jeglicher Unordnung und betont, daß Ordnung und Zusammenhalten jetzt das wichtigste sei. Läßt euch nicht verführen, so sagt er, vorzeitig und eigenmächtig einen Truppenteil zu verlassen. Vergegenwärtigt euch stets, zu welchen Schwierigkeiten bei Unterbringung und Versorgung sowie im Abtransport es kommen muß, wenn jeder einzelne von euch regellos nach Hause streift.

Noch droht mit dem Absatz Rheinlands.

Doch auf Seiten der Feinde das Bestreben vorhanden ist, den Waffenstillstand auf irgendeine Weise zu brechen, ist unverkennbar. Darüber wird von gutunterrichteter Seite gemeldet:

Berlin, 29. Nov. Hier sind Gerüchte verbreitet, Marshall Hoch beabsichtigt, den Waffenstillstand schon in nächster Zeit zu kündigen, nach anderen Gerüchten soll die Kündigung schon erfolgt sein. Daß eine solche Gefahr besteht, kann nicht gelogen werden. Von bestimmten Absichten, oder von einer bereits erfolgten Kündigung der Abmachungen ist amlich nicht das mindeste bekannt. Gerüchteweise verlautet übrigend, daß bereits feindliche Offiziere versucht haben oder versuchen, sich mit den Behörden und sonstigen Instanzen im Rheinland und in der Pfalz in Verbindung zu setzen, um ihnen den freiwilligen Anschluß an Frankreich abzuziehen und zu empfehlen.

Ganz leicht würde Hoch das doch nicht fallen. So fand in Trier eine von Tausenden befürchtete Versammlung statt, die sich zu einer patriotischen Kundgebung gesammelt. Es wurde zunächst ein treues Gelöbnis an Deutschland und dem Deutschen Kaiser geleistet, auch in den Tagen der vaterländischen Not. Der Gedanke an eine Trennung wurde mit Entschiedenheit abgelehnt. Auch

Der Vertreter der Sozialdemokratie gab der Forderung Ausdruck, daß das Rheinland deutlich bleiben müsse.

Nachen geräumt.

Mit Ausnahme eines Feldlazaretts haben nunmehr unsere Truppen die alte deutsche Grenzstadt Aachen geräumt. Alle Schwierigkeiten wurden trotz der Kürze der Zeit überwunden, ohne daß die Ordnung gestört wurde. Über der ganzen Stadt Aachen liegt eine schwergedrückte Stimmung. Die Ungewissheit über die neuen Herren bringt Nervosität in die Familie. Die bange Sorge um die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft der betriebenen und reichen Stadt lastet gewaltig auf allen Gemütern. Die Sorge ist nicht ganz unbegründet, denn die Feinde haben eine schwere Hand. Nach Meldungen aus anderen besetzten Städten sind dort alle USA aufgelöst worden. Der Achtundfünfzig wurde beseitigt. Beginnende Streiks wurden damit beantwortet, daß man die Fabriken und Werkstätten militärisch besetze. Das Tragen der deutschen Uniform ist den vom Heere Entlassenen nur gestattet, wenn alle militärischen Abzeichen entfernt sind. Die Metallindustrie müssen durch Sivillöpfe erlegt werden, und selbst von der Hosennahrt muß die rote Fliege verschwinden, wenn ihr Erzäger nicht der Internierung verfallen will. Vor allem aber ist die Militärmühe verpönt.

Waffenstillstand und Rückmarsch.

Die Verkürzung der Räumungsfrist.

Köln, 30. Nov. Die Präfektur des Gouvernements teilt mit: Nach einer Mitteilung der Waffenstillstandskommission verlangt der Verband, daß die letzten deutschen Truppen bereits am 4. Dezember, 6 Uhr vormittags den Rhein überschritten haben.

Nach dem "New York Herald" vollzieht sich die Besetzung des deutschen Gebiets folgendermaßen: Der Vormarsch beginnt am Sonntag, 1. Dezember. Die Belgier besetzen das Gebiet bis Düsseldorf, von der holländischen Grenze bis zum englischen Abschnitt. Die Engländer besetzen den Brückenkopf Köln und das Hinterland vom Rhein bis zur belgischen Grenze. Die Amerikaner besetzen den Brückenkopf Koblenz und das Gebiet nach Westen bis zur Luxemburger Grenze. Die Franzosen besetzen den Brückenkopf Mainz und das Gebiet des linksrheinischen Hessens sowie der Pfalz. Der Vormarsch verläuft in vier Zonen. Sedesmal, wenn die Verbündeten in eine dieser Zonen einrücken, müssen die deutschen Truppen die nächste Zone verlassen, sodass keinerlei Bevölkerung zwischen den beiderseitigen Truppen erfolgt. Für die Räumung jedes Abschnitts ist ein Zeitraum von vier Tagen vorgesehen. Am 1. Dezember, wo die Verbündeten die deutsche Grenze überschreiten, müssen die deutschen Truppen hinter der Linie Düsseldorf, Düren, Mülheim, Bernkastel, Kaiserslautern, Speyer stehen. Am 5. Dezember müssen sie sich östlich von Remagen, Rothen, Geisenheim, Wörth, Worms befinden, während die Verbündeten den vorherliegenden Abschnitt ausgefüllt haben. Am 9. Dezember muss das ganze linke Rheinufer geräumt sein. In der Zeit vom 9.-13. Dezember muss auch die 30-Kilometer-Zone um Köln, Koblenz und Mainz und die 10 Kilometer breite neutrale Zone geräumt werden. Am 13. Dezember rücken dann die Verbündeten in die Brückenköpfe ein.

Die Lage der Ostfront.

Berlin, 29. Nov. Die Delegation der Ostfront sieht sich veranlaßt, bezugnehmend auf die Erklärungen des Vorsitzenden des Volksrats Wolkenbuhr über die Lage der Ostfront folgendes mitzuteilen:

Die Lage der Ost- und Mackensen-Armee ist keine verzweifelte, sofern die Ordnung in der Heimat aufrecht erhalten bleibt. Im Osten erfolgt der Abtransport mit allen Kräften. Die Bahnen sind im vollen Betrieb. WeSENTLICHE Menschenerluste dürfen nicht zu erwarten sein. Bandenkämpfe mit der einheimischen Bevölkerung finden nur in geringem Maße statt und bieten bei der mangelhaften Bewaffnung der Banden und der Organisation unserer Truppen keine besorgniserregende Gefahr. Schwieriger ist nur die Lage der Kiew-Armee in der Ukraine,

beren Abtransport auf dem langen Schienennetz längere Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Lebensmittel sind dort in genügendem Maße vorhanden. Die in Berlin weilenden Vertreter der Kiew-Armee versichern, daß berechtigte Hoffnungen bestehen, daß der Abtransport in völliger Harmonie mit der Bevölkerung vor sich gehen wird. Die Mackensen-Armee muß wegen der völlig ungerechten Auslegung der Waffenstillstandsbedingungen durch die Entente in Ungarn interniert werden. Solange Ordnung und Disziplin in der Armee herrschen, wird sie ungestört bis zum nahen Abschluß des Präliminarfriedens in Ungarn weilen können. Dann wird auch sie bis zum letzten Mann in die Heimat transportiert werden. Wenn also auch die Lage der Armee nicht völlig ungefährlich ist, so besteht doch die sichere Hoffnung, daß bis auf einzelne unvermeidliche Verluste auch der letzte Mann von Osten und Süden wieder in die Heimat zurückkehren wird. Voraussetzung dazu ist allerdings, daß die Organisation, die das Kriegsministerium zum Abtransport der Ostarmee vorbereitet, nicht durch Unruhen und Auflösung der Ordnung in der Heimat gestört wird. Aufrechterhaltung der Ordnung ist die erste und letzte Bedingung für die glückliche Heimkehr von fast einer Million Kameraden aus dem Osten und Süden. Auflösung der Ordnung in der Heimat bedeutet Erhebung der Letten, Finnen, Polen, Russen, Ukrainer und Rumänen gegen die im Osten stehenden deutschen Truppen. Halte Ruhe und Ordnung! Bewahrt die Einigkeit des Deutschen Reiches. Alle Eure Brüder werden zurückkehren!

Die Delegation der Ostfront: Dehne, Bergmann.

Zeit- und Streitfragen.

Stimmen aus allen Parteien.

Erläuterung an den Kulturmäppchen.

Wir lesen in der Germania, dem führenden Zeitungsbogen in Berlin:

Das preußische Ministerium "verfügt" also schon heute, ohne sich um Gesetz und Recht, Volkswillen und Volksabschaltung, Überlieferung und Kultur im geringsten zu kümmern, daß die geistliche Oberschulauflauf aufgehoben ist und daß deren Befreiung durch die Kreischauläufertore zu übernehmen sind; schon am 31. Dezember, so befrettet Herr Adolf Hoffmann, muß alles erledigt sein. Natürlich wird bald ein weiterer Erlass erscheinen, der den Religionsunterricht in der Schule untersagt. Das neue Kultusministerium ist nicht so geartet, daß es auf baldem Wege stehen bleibt.

Das plausibole Volk in Preußen, sowohl katholischen wie protestantischen Glaubens, kann sich nun seinerlei Täuschung mehr hingeben über das, was ihm die neuen Hochherrscher befreien werden. Entschlossen wird es den ihm heute hinzuschleudernden Gedanken aufzugeben. Es ist noch gar nicht lange her, da hat ein viel Gewaltigerer als Hoffmann und Daenisch geglaubt, mit dem Glauben von stark einem Drittel der Bevölkerung Preußens spielen zu können. Da ringt es wie flammende Entrüstung und heilige Begeisterung von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf. Überall wurden die Klassen zur Verteidigung der Kirche aufgerufen, und Bismarck ab bald, da er den Krieger stehen werde. Der eiserne Kaiser batte wenigstens das Menschenfinden, seinen Kulturmäppchen mit dem Parlament durchzuführen. Adolf Hoffmann nutzt es ganz allein auf Grund der jetzt in Deutschland seitenden sozialistischen Diktatur. Und das nennt sich Demokratie oder Volksstaat!

Die Unnachgiebigkeit der Entente.

Aus dem Verhalten namentlich der französischen Vertreter bei der Waffenstillstandskommission in Spa wird immer deutlicher, daß der französische Oberbefehlshaber Foch nicht daran denkt, irgendwelche Milderungen in dem Waffenstillstandsvertrag einzutreten zu lassen, sondern es werden im Gegenteil fast täglich neue Forderungen gestellt, die mit dem ursprünglichen Waffenstillstandsvertrag nicht in Einklang zu bringen sind. Nach dem Vertrag sollten von Deutschland 5000 Lokomotiven geliefert werden. Über die Qualität der Lokomotiven war keinelei Bestimmung getroffen. Nunmehr verlangt die Entente, daß Deutschland seine sämtlichen stärksten Lokomotiven ausliefern müsse, ein Verlangen, das technisch gar nicht durchführbar ist. Entgegen dem Waffen-

stillstandsvertrag werden die zurückgelassenen Kranken und Lazarettsäfassen, die von deutschem Sanitätspersonal gepflegt werden sollten, zu Geangenen gemacht, und es mehren sich die Klagen, daß in dem besetzten Gebiete demobilisierte, also Zivilpersonen, interniert worden sind. Dazu kommt weiter, daß die Alliierten der deutschen Reichsbank jeden Verkauf von Devisen, Effekten und Gold im Ausland verbieten wollen. Sie stützen sich dabei auf Artikel 19 des Waffenstillstandsvertrags, in dem es heißt, daß während der Dauer des Waffenstillstandes keine öffentlichen Werte befestigt werden dürfen, die den Alliierten als Sicherheit für die Deckung der Kriegsschäden dienen können.

Unter diesem Umstand ist es begreiflich, wenn Gerüchte entstehen, daß der Oberbefehlshaber Foch ein Ultimatum an Deutschland für strengste Durchführung des Waffenstillstandsvertrags gestellt habe. Diese Nachricht trifft nicht zu, aber sie ist wohl darauf zurückzuführen, daß die Entente alles tut, um auch nachträglich noch die Waffenstillstandsbedingungen zu verschärfen.

Her mit der Nationalversammlung.

Der Vormärz setzt sich in einem Leitartikel erneut mit der Spartakusgruppe auseinander, die sich gegen die Einberufung der Nationalversammlung ausspielt, weil sie Furcht vor dem Volke habe. Das Blatt schreibt fort:

Solche Furcht ist, wo sie besteht, immer begründet. Sie beruht auf einem unterdrücklichen Instinkt. Wenn eines Tages alle Männer und Frauen Deutschlands ihre Vertreter wählen, wird man ja sehen, was Spartakus hinter sich hat, und dann wird eine lang anhaltende befreiende Heiterkeit durch das deutsche Volk gehen. So also sehen die aus, soviel sind es jenseits!

Kein Wunder also, daß sich Spartakus nach solchem Heiterkeitsvorschlag nicht schont. Es steht, trost Lüdendorff, die heroische Gestalt des Welteroberers und hält sich keinen Augenblick bei der körperlichen Frage auf, mit welchem Recht ein Gruppen, das bei allgemeinen Volksabstimmungen noch kein Drittel Kandidaten durchsetzen könnte, die Herrschaft über das deutsche Volk beanspruchen darf.

Es ist Zeit, über solche Kinderreden zur Tagesordnung überzugehen. Die Nationalversammlung ist keine Frage, sondern eine Selbstverständlichkeit, und die Wahlen zu ihr dürfen keinen Tag länger hinausgeschoben werden als zur Überwindung der technischen Schwierigkeiten notwendig ist. Sollte also von anderer Seite der Versuch gemacht werden, den Termin der allgemeinen Volksabstimmung unnötig hinauszuzögern, so erwarten wir von unseren Freunden in der Regierung, daß sie rund und nett erklären: "Das machen wir nicht mit!"

Soldatenrat und Volkszugriff.

Berlin, 29. November.

Im Sitzungssaal des Reichstags stand gestern eine überaus zahlreiche Versammlung der Soldatenräte Groß-Berlin statt, zu der auch zahlreiche Abordnungen aus dem Reiche erschienen waren. Die Stimmung war vom ersten Augenblick an sehr gereizt, und das Abstimmungsergebnis in dem Volkszugriff und den Soldatenräten trat klar zutage.

Wolkenbuhr erstattete Bericht über die Tätigkeit des Volkszugriffes und kam dabei auf die Stellung des Volkszugriffes zu den Soldaten zu sprechen. Die Lage der Volksarmee sei einigermaßen sicher. Dagegen ständen in Rußland 850 000 Mann, die die frühere Regierung so tief in Rußland gesetzt habe, daß bei der gegenwärtigen politischen Lage an eine Rückkehr kaum gedacht werden könne. Die Räuber-Armee werde wahrscheinlich interniert werden, und was eine Unterstreichung in der ungarischen Tiefe eben jetzt im Winter bedeutet, könne sich jeder ausmalen. Unter grohem Lärm der Volksversammlung erklärte Wolkenbuhr dann, daß sich bei der 8. Armee freiwilligen Corps bildeten, die dazu bestimmt seien, in Berlin herrschende Monarchie zu unterdrücken.

Die Reichseinheit würde nicht zerstört werden, und Eisner habe in einer Sitzung des Volkszugriffes erklärt, daß Bayern nicht daran denkt, sich vom Reiche zu trennen. Der Volkszugriff betrachte sich nicht als eine dauernde Behörde, sondern nur als Sachwalter des deutschen Volkes bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung.

Als nächster Redner griff Unteroffizier Tornig den Volkszugriff heftig an. Der Volkszugriff, der aus eigenen Gnaden gebildet habe, über die Köpfe der Soldatenräte hinweg, habe

die Berliner USA im ganzen Reiche in Verzug gebracht. Wenn man heute von dem Volksbewußtsein bei Berliner spreche, so sei einsam und allein der Römeros.

Triumph. Wer sie jetzt auch machtlos — die Zukunft würde ihr Waffen in die Hand geben, um ihr Ziel zu erreichen.

Und dann war es geschehen — vor dem Geschworenen stand Gräfin Lamberg geworden.

Um Arme ihres Gatten schritt sie durch die Reihen der Gäste.

Die Fahrt nach der Schloßkirche begann gleich darauf. Und eine Stunde später war auch die kirchliche Trauung zu Ende.

Josta stand bleich und still am Altar ihres Gatten und nahm an seiner Seite die Glückwünsche entgegen.

Auch Graf Henning mußte nun zu den Neuvorständen treten. Über er war nicht imstande, ein Wort zu sprechen. Stumm, mit krankhaftem Druck, umarmte er den Bruder, und dann blickte er sich mit blassen, zugemindem Gesicht über Jostas Hand und drückte sie an seine Lippen.

Das junge Paar war zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um Hennings Wesen zu beobachten, und den anderen fand seine Ergriffenheit nicht auf.

Nur Gräfin Gerlinde sah, daß er gleich darauf bleich wie ein Sterbender wieder in die Fensternische wankte. Sie hatte freilich ihre Selbstbeherrschung nötig genug. Mit großen starren Augen sah sie Henning einen Augenblick nach. Und dann richtete sie sich mit einem Ruck empor und trat ebenfalls an das Brautpaar heran. Mit einem krankhaften Druck zog sie Josta in ihre Arme, und ihre Lippen formten langsam einen Glückwunsch. Über in ihrem Herzen brannte ein anderer Wunsch, und weil sie fürchtete, ihre Augen könnten sie verraten, sah sie an Josta vorbei.

Als sie dann Rainer die Hand reichte, und dieser die Hand an die Lippen führte, gewann sie es über sich, einige Worte zu reden.

"Lieber Bruder, du weißt, welche Wünsche für dich mein Herz bewegen. Ich werde beten, daß sie in Erfüllung gehen," sagte sie mit felsam dunkler Stimme.

Und noch einmal schloß sie dann Josta festig in ihre Arme.

"Auch für dich, Josta," stieß sie hervor.

(Fortsetzung folgt.)

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

49. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Im Jungfern schlösschen herrschte schon seit dem frühen Morgen reges Leben und Treiben. Trotzdem die Hochzeit nur im engen Kreise gefeiert werden sollte, kamen doch immerhin gegen fünfzig Personen zusammen. Um zwölf Uhr traf Graf Rainer mit seinem Bruder zusammen ein. Graf Henning sah etwas bleich aus, und seine Augen blitzen unruhig. Aber Graf Rainer schien ganz ruhig und gelassen.

Graf Henning hatte in der Nacht keine Ruhe gefunden. All die Wochen, seit der Verlobungstag, hatte er ernstlich mit sich gerungen, hatte mit Gewalt niedergezwungen, was bei Jostas Anblit in ihm wach geworden war. Und langsam war er ruhiger geworden, so ruhig, daß er glauben konnte, überwunden zu haben. Die Liebe zu seinem Bruder hatte ihm geholfen. So schaute er, ohne Gefahr der Hochzeitsfeier beizutragen, zu seinem Bruder.

Aber seit er gestern Josta wiedergesehen hatte, wußte er, daß alles vergeblich gewesen war. Mit elementarer Gewalt hatte ihn die Liebe zu der Braut seines Bruders gepackt und ließ ihn nicht mehr los. So scharf er auch mit sich selbst ins Gericht ging, so verdammtswert er sich selbst erschien — es half alles nicht. Sein Herz schrie nach Josta, und sein junges heißes Blut wollte sich nicht bändigen lassen.

Nur mit Aufwand aller Kraft und Energie vermochte er eine ruhige Miene zur Schau zu tragen.

Die Hochzeitsgäste waren schon vollzählig erschienen, als die Brüder im Jungfern schlösschen eintrafen. Auch Gräfin Gerlinde war schon anwesend, sie war mit Mittbergs gekommen. Auch sie sah auffallend bleich aus. Die Augen brannten wie im Fieber, und die Lippen glühten rot und heiß aus dem blossen Gesicht.

Der Minister war ebenfalls sehr ernst gestimmt, aber er war zu sehr Weltmann, um sich gehen zu lassen. Er plauderte schenkar ganz heiter mit seinen Freunden und sprach für einen ungeswingenen Ton.

Während Gräfin Gerlinde machte er ein feines Kompliment. Sie sah trotz ihrer Blässe hinunterrend schön aus. Ein mattes Lächeln spielte um ihre Lippen, und sie zwang sich zu einem Scherzwort. Dann wurde sie von der Baronin Mittberg in Anspruch genommen, die sehr hübsch und stattlich aussah in einer lila Toilette. Darüber war Gräfin Gerlinde sehr froh. Die Baronin war keine zu schaue Beobachterin und war froh, wenn sie unbehindert plaudern konnte. Mittbergs sorgten überhaupt durch ihre vergnügte Stimmung für allgemeine Aufheiterung.

Nachdem Rainer die Gäste begrüßt hatte, begab er sich hinauf, um seine Braut abzuholen und den Gästen zuzuführen. Der Alt der standesamtlichen Trauung und der Abschluß des Hochzeitsfeier sollte im Hause der Braut stattfinden. Darauf sollte sich die kirchliche Feier in der nahen Schloßkirche schließen.

Als Graf Rainer sich entfernt hatte, um die Braut zu holen, trat Graf Henning unbemerkt in eine Fensternische hinter einem Vorhang, so daß er den Blicken der Anwesenden entzogen war. Das Blut wallte ihm jäh zum Herzen, als die Tür sich öffnete und Josta im Brautschmuck an Rainers Arm erschien. Seine Augen leuchteten hell und in stummer Qual auf das süße, blosse Gesicht der jungen Braut, die ernst und still an der Seite ihres Verlobten schritt. Er hielt die Hände auseinander und umarmte den Knauf seines Degens, als müsse er ihn zerbrechen.

Und nicht weit von ihm stand Gräfin Gerlinde, nicht minder bleich als Henning. Sie allein hatte ihn in seinem Versteck gesehen, hatte in sein qualentstelltes Gesicht geblitzt. Aber jetzt, als sie Josta im Brautschmuck neben Rainer sah, hatte sie nicht Ruhe genug. Henning weiter zu beobachten. Sie mußte einen Moment die Augen schließen, als wollte sie nicht sehen, was nun geschieh.

Dieses Schweigen herrschte in dem Festsaal während des feierlichen Alters der geschlechtl. Eheschließung.

Weder Graf Henning noch Gräfin Gerlinde waren imstande, den feierlichen Handlung zu folgen. Sie hatten beide alle Kraft nötig, sich nicht zu verraten. Sie schaute einige Male mit brennenden Blicken in Graf Henning's verstörtes Gesicht. Und dann flammte es jedesmal olébend auf in ihren Augen, wie in wildem

daran schuld. Aus diesem Grunde sei es notwendig, dem Volksrat eine Kontrolle beigegeben.

Su stürmischen Austritten, die minutenlang jede Verständigung im Hause unmöglich machten, und die zu scharfen persönlichen Zusammenstößen zwischen dem Redner und Vertretern der Regierung führten, kam es, als Gerhard vom Volksrat das Wort ergriff. Er unterzog die Tätigkeit des Volksrates schärfster Kritik. (Mollenbuhr rief: "Lüge!") Vertreter der Front Abordnungen aus Bayern seien überhaupt nicht vorgeladen worden, weil der Vorsitzende Richard Müller die Auswahl eines Stempels für den Volksrat der brennendsten politischen Fragen vorgenommen habe. Die Mehrheit des Volksrates sei ursprünglich für die Einberufung der Nationalversammlung gewesen, aber unter dem Druck linksradikaler Elemente habe das Plenum nicht gewagt, seine Ansicht durchzusetzen. Weil keines einzige Mitglied dieser Körperschaft sei, beweise die Anfrage des Mitgliedes Ströbe in einer Sitzung, was denn überbaute eine Nationalversammlung sei. (Ströbe drängt auf den Redner einen und bedroht ihn.) Die beiden Vorsitzenden hätten weit über ihre Machtausübung hinaus an wildrende Menschen Vollmacht erteilt. (Sturmische Entstehung.) In allen Fragen, die die Soldaten bewegen, habe

der Volksrat völlig versagt.

Scheldemann, der nunmehr von lebhaftem Beifall begrüßt, zu Worte kam, führte aus, daß nach seiner Ansicht Mollenbuhr die Lage der Ostarbeiter viel zu schwer ansiehe. Es sei auch unpolitisch, an dieser Stelle derartige Auseinandersetzungen zu machen, weil dadurch in viele Familien schweren Sorgen hineingetragen würden. Der Redner forderte diese Abwesenden auf, die Seite nicht mit unnötigen Streitereien zu vertragen.

Schließlich wurde die "Affäre Walz" behandelt. Walz schwörte, wie er als aktiver Offizier dazu gekommen sei, in die revolutionäre Bewegung einzutreten. Im Verein mit Barth, Ledebur, Liebknecht und Soale habe er alle Vorbereitungen zur Revolution mit getroffen und habe die Bühnens mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Dann sei seine Verhaftung in der Kaserne erfolgt, und er habe vor dem Untersuchungsrichter Mittelstellungen gemacht, die er heute bedauert. Er habe jedoch keinen Verrat begangen, sondern nur aus Unflugheit gehandelt. Gegen Walz wendete sich unter lautem Protestrufen der Verkämmlung Richard Müller, indem er dessen Auseinandersetzungen durch Berziehung der Gerichtsakten zu entkräften suchte.

Nachdem noch mehrere Redner, darunter Leutnant Collin-Ros und zwei Vertreter der Ostfront, gesprochen und zur Einigkeit zwischen Arbeitern und Soldaten dringend geraten hatten, beantragte Volksbeauftragter Barth die Einsetzung einer siebenköpfigen Kommission, die zu prüfen habe würde, ob die Soldatentreiter im Volksrat Vertretern verdiensten oder nicht. Dieser Antrag wurde von verschiedenen Rednern unterstützt und nach weiterer fast zweistündiger Debatte zum Besluß erhoben. Als Mitglieder der Kommission wurden auf den Vorschlag Müllers Vertreter von sieben Berliner Regiments gewählt. — Während der tumultuären Auseinandersätze hatten die Vertreter der Ostfront und aus Süddeutschland zeitweilig protestierend den Saal verlassen, bedeuteten sich aber später wieder an den Verhandlungen. Morgen soll die Beratung fortgesetzt werden über die Frage der Nationalversammlung.

Die Pogrome in Lemberg.

1000 Tote, 12 000 Obdachlose.

Wien, 29. November.

Aber die furchterlichen Judenmordeien wird von Augenzeugen berichtet: Am 15. November veröffentlichte die neu gegründete polnische Zeitung "Bobudla" einen Aufsatz, worin eine Frau mitteilte, Juden hätten polnische Legionäre aus den Fenstern mit heiinem Wasser begossen. Die furchterlichen Versicherungen angefeindeter Juden der Stadt, daß die Beschimpfungen erlogen seien, blieben unbeachtet. Am 22. November begannen dann die polnischen Legionäre mit Blöndungen jüdischer und deutscher Geschäfte in der Karola-Ludwiga, der Hauptstraße Lembergs. Von dort zogen die Polen in das jüdische Viertel. Die Krakauer, Bergmuster und Lemberger Offiziere und Mannschaften der polnischen Legion hielten das Judentum umzingelt. Nachdem sie sämtliche Juden und Deutsche, die sie unterwegs trafen, verhaut und die sich Wehrenden rücksichtslos niedergeschossen hatten, eröffneten sie Maschinengewehrfeuer gegen das Judentum. Die Herausflüchtigen wurden mit Handgranaten und Gewehrkugeln empfangen, so daß keine Seele entrinnen konnte. Das ganze jüdische Viertel mit den Betäufern, worin sich viele Familien versteckt hielten, wurde eingeschossen. Wer nur den Mut hatte, sich binauszugeben, wurde niedergemacht. Das Straßenstaat war mit verblödeten und verstümpteten Leichen bedeckt. Im Kino am politischen Theater wurden die verstümmelten und verblödeten Leichen aufgestapelt. Dieses Warden mehrerer Menschen dauerte vom 22. November früh bis zum 24. November nachmittags, zu welcher Stunde das polnische Kommando über ganz Polen das Standrecht verkündete. Die Zahl der bei dem Lemberger Pogrom ermordeten Juden beläuft sich auf 1200, die der Obdachlosen auf 10 000 bis 12 000. Wie das "Neue Wiener Tagblatt" erichtet, hat sich am 27. November eine aus mehreren Ententeoffiziären bestehende Kommission aus Budapest nach Lemberg begeben, um an Ort und Stelle Erhebungen über die Judenpogrome anzustellen und den Regierungen der Ententeimphate ausführlichen Bericht zu erstatten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Die am 12. November erlassene politische Amnestie soll nach neueren Verfügungen der Reichsregierung möglichst weitverzögert ausgelegt werden. Unter politischen Straftaten sind alle Straftaten verstanden, die in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit Kämpfen um die staatliche, soziale oder wirtschaftliche Ordnung begangen worden sind, ohne Rücksicht darauf, unter welchen rechtlichen Gesichtspunkten die Strafe verhängt ist oder bei einer Niederschlagung zu verhängen sein würde. Nicht einbezogen sind Straftaten, bei denen der Täter, ohne daß ein solcher Zusammenhang besteht, lediglich aus eigenmächtigen Beweggründen gehandelt hat. Die Strafrechtlichkeit bewirkt auch, daß die Pflicht zur Abientragung in Wegfall kommt.

* Einen lebhaften Protest gegen die Auflösung des preußischen Landtages richtet außer dem Präsidenten des Herrenhauses auch der Vizepräsident des Landtages an die Regierung. Der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Dr. Borch, betont, daß die Auflösung des Abgeordnetenhauses jeder gesetzlichen Unterlage entbehre. Dieses sei die Ansicht der Mehrzahl der Parteien des Hauses.

* Zur Bildung von Bauern- und Landarbeiterräten fordern in einem gemeinsamen Aufruf sämtliche landwirtschaftlichen Arbeitgeber- und Arbeitsgemeinschaften auf. Danach ist ein solcher Rat in jeder selbständigen Gemeinde zu wählen. Ob er sich findet in der Regel einer benachbarten Gemeinde anzuschließen. Jeder Rat muß aus mindestens sechs Personen bestehen und zu gleichen Teilen

aus den Kreisen der im Hauptberuf selbständigen Landwirte und Arbeiter bzw. der nichtlandwirtschaftlichen Landbevölkerung gebildet werden. Für den Bereich jeder unteren Verwaltungseinheit ist an deren Sitz ein "Kreis- (Bezirks-) und dergl.) Bauern- und Landarbeiterrat" zu bilden. Die großen Körperschaften selbst bilden einen Zentralbauern- und Landarbeiterrat in Berlin, der Anweisungen und Richtlinien erteilt.

* Auf Grund neuer Verhandlungen über vereinfachte Reiseprüfungen für Kriegsteilnehmer zwischen den deutschen Unterrichtsverwaltungen können nunmehr auch solche Kriegsteilnehmer, die früher keine höhere Schule besucht haben oder in einer solchen nicht bis zur 6. Klasse aufgestiegen sind, zur Kriegsreiseprüfung zugelassen werden. Voraussetzung ist: 1. daß sie mindestens die Prüfung für den Nachweis der wissenschaftlichen Besüßigung zum einjährig freiwilligen Dienst oder die erste Prüfung für den Volksdienst abgelegt haben; 2. daß sie sich nach Erstellung dieser Prüfungen mindestens ein Jahr lang in ausreichendem Maße auf die Kriegsreiseprüfung vorbereitet haben.

Frankreich.

* Mit der weiteren Entwicklung in Deutschland beschäftigt sich die französische Presse sehr eingehend. Einige Blätter, besonders "Matin" und "Homme Libre" lassen dabei erkennen, daß sie für den Fall, daß die Bleibtreichgruppe die Oberhand gewinnt, mit der Auflösung Deutschlands rechnen. Dadurch würde nach Ansicht des "Matin" jegliche Neuanordnung deutschlands unmöglich gemacht. Allein, es wäre die Frage, ob die deutschen Staaten dann noch zahlungsfähig bleiben würden. Räume es aber zu einer militärischen Reaktion in Deutschland, so würde das die Fortsetzung des Krieges bedeuten.

* Bei dem Besuch des englischen Königs bei Poincaré hielt ersterer eine Rede, in der er u. a. ausführte: Wir erinnern uns der wiederholten verwarfene Versuche der feindlichen Armeen, Paris zu erreichen, welche jedoch durch den Mut der französischen Armee und mit Unterstützung der Bundesgenossen stets vereitelt wurden. Herr Präsident! In diesem tödlichen Klingen haben Franzosen und das englische Volk einander schädigt und die gegenseitigen Ideale verloren gelernt. Ich hoffe, daß dieser Bund stets fester wird und einem dauernden Frieden und dem Fortschritt der Völker zum besten gereichen wird.

Schweiz.

* Der Bundesrat hat die Nichtanerkennung der bayerischen Regierung beschlossen und lehnt es ab, mit dem neuen bayerischen Landstamm Hoerster in Verbindung zu treten. Eine Anerkennung der bayerischen Regierung könne erst nach der Nationalversammlung erfolgen. Die Schweiz wird noch wie vor den diplomatischen Verkehr mit dem bisherigen bayerischen Landstamm in Bern aufrechterhalten, der seinerseits die neue bayerische Regierung ebenfalls nicht anerkennt.

Vom Tage.

Keine Nacht- und Sonntagsarbeit in Bäckereien mehr.

Berlin, 29. Nov. Nach einer am 15. Dezember d. J. in Wirkung tretenden Bestimmung des Rates der Volksbeauftragten wird die Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien gänzlich beendet. Außerdem wird der Achtsundertag eingeführt.

100 Millionen zur Belebung der Bauwirtschaft.

Berlin, 29. Nov. Wie wir aus dem Reichsarbeitsamt erfahren, haben die Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten sich damit einverstanden erklärt, daß zur Belebung der Bauwirtschaft sowie zur Errichtung von Not- und Behelfsbauten Baukostenzuschüsse aus Reichsmitteln bis zum Betrage 100 Millionen Mark gezahlt werden können.

Zukünftige Gestaltung Groß-Berlins.

Berlin, 29. Nov. Eingehende Verhandlungen über die zukünftige Gestaltung Groß-Berlins wurden in den letzten Tagen im Ministerium des Innern geführt. Die Vorarbeiten zu einer Vereinigung sämtlicher in wirtschaftlichem Zusammenhang stehender Gemeinden zu einer Gemeinde Groß-Berlin sollen unverzüglich beginnen.

Neuer württembergischer Gesandter in Berlin.

Stuttgart, 29. Nov. Der sozialdemokratische Reichstagabgeordnete Hildenbrand soll als Gesandter der württembergischen Republik nach Berlin gehen.

Die Internierung der Mackensen-Armee.

Budapest, 29. Nov. Die Armee Mackensen, bestehend aus ungefähr 170 000 Mann und zahlreichem Kriegsmaterial, wird in Ungarn interniert. Dieser Beschluss wurde im gestrigen Ministerrat auf Wunsch der französischen Regierung gefasst. In Abetracht der Zwangslage hat Mackensen seine Einwilligung dazu gegeben.

Diese Maßnahme wurde bereits in Berlin bei der Sitzung der Soldatenräte erwähnt.

Gasgefüllte Wotan- Lampen find zeitgemäß

Die Edelgas Füllung ermöglicht höchste Ausnutzung des Stromes.

In Herborn zu haben bei Gustav Blecher, Elektrotechnische Werkstätte.

Das Einkommen der Volksbeauftragten.

Berlin, 29. Nov. Anlässlich der Auseinandersetzungen über die starken Geldausgaben im Berliner Volksrat der USA wird festgestellt, daß die Volksbeauftragten, die sechs Herren der Regierung, nur eine Dienstaufwandsentschädigung beziehen, die ihrer vom frühen Morgen bis in den späten Abend währenden Inanspruchnahme angemessen erscheint, und die nur ungefähr ein Fünftel der Beilage beträgt. Die früher der Reichslandschaft erhalten hat.

Serbisch-rumänische Konflikte.

Oradea, 29. Nov. Der serbische Kommandant von Oradea hat die rumänische Nationalgarde in Mehadia und Umgebung entmachtet und den Bütteln der rumänischen Legionenbewegung mitgeteilt, sie im Wiederholungsfalle wieder den östlichen Grenzen gefährdenden Umlaufen als Geiseln in Verhaftungshafte zu nehmen.

Bukarest in Flammen.

Wien, 29. Nov. Der Ausbruch blutiger Bauernaufstände wird amtlich bestätigt. In Bukarest stehen ganze Straßenzüge in Flammen.

Entbezahlte Erzherzöge.

Graz, 29. Nov. Der Bürgermeister von Graz teilte in einer Versammlung mit, der ehemalige österreichisch-ungarische Armeeoberkommandant Erzherzog Friedrich habe, wenn er den Kaiser beklacht, für den Tag 30 000 Kronen Aufwendungen kosten werden. Erzherzog Leopold Salvator, der Schubert des österreichischen Roten Kreuzes, habe für diesen Ehrenposten lädt 200 000 Kronen bekommen.

Deutschlands Lebensmittelversorgung.

Genf, 29. Nov. Der amerikanische Lebensmittelkontrollor Hoover nahm in Paris sofort seine Arbeit auf. Er wird von einem großen Mitarbeiterstab unterstützt. Hoover will eine Versammlung aller jetzt alliierten Kommissionen in Brüssel zusammenberufen, um die deutschen Forderungen zu prüfen und festzulegen, inwieweit ihnen entsprochen werden kann.

Der Aufbruch zum Friedenkongress.

Hann., 29. Nov. Bei den Militärs besteht die Absicht, eine Konferenz zum Friedenkongress in Paris abzuhalten. Die Zahl der gemeldeten Delegierten ist so groß, daß alle Pariser Hotels jetzt schon vermietet sind.

Die Liga der Nationen.

Genf, 29. Nov. Als Nework wird gemeldet, Wilson werde bei seinem Aufenthalt in Europa die Liga der Nationen begründen. Die Liga soll einen Präsidenten erhalten, der für Lebenszeit gewählt wird.

Der Vormarsch der Alliierten.

Hann., 29. Nov. Amtlich wird aus London gemeldet, die britischen Vorhuten haben bei Seben und Stavelot die deutsche Grenze erreicht. Die Zahl der seit dem 11. November erbeuteten Kanonen beträgt 1400.

Thronverzicht in Luxemburg gefordert.

Genf, 29. Nov. Die Luxemburger Kammer hat das Großherzogtum ausgesetzt, dem Thron zu entsagen.

Deutsch-Ostreichs Schicksal.

Brixen, 29. Nov. Die "Brixner Morgenzeitung" meldet aus Paris, die Entente werde dem Anschluß Deutsch-Ostreichs an Deutschland niemals stimmen, wohl aber an Bayern. Außerdem würden Blanks ausgearbeitet zur Vereinigung aller aus der ehemaligen Monarchie Österreich-Ungarn entstandenen Republiken.

Brand auf einem Militärtransportschiff.

Wien, 29. Nov. Nach einer aus Spalato eingetroffenen Meldung brach auf einem Militärtransportschiff, auf dem sich ungefähr 300 Soldaten und zahlreiche Offiziere auf dem Heimreise von Griechenland befanden, zwischen Cattaro und Trieste ein furchtbare Brand aus. Nahezu 200 Mann starben und einige Offiziere fielen dem Brand zum Opfer.

Ein Weltluftdienst.

Hann., 29. Nov. England bereitet einen ausgedehnten Weltluftdienst vor und errichtet Stationen in Frankreich, Italien, in den nordischen Staaten, in Indien und Südostasien. Eine Radarungskontrolle ist vorgesehen.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 2. Dezember 1918.

* Durch einen Armeebefehl des Generalobersten v. Boehn wird die Gruppenpflicht der Heeresangehörigen wieder hergestellt. Entlassene Mannschaften unterliegen dieser Gruppenpflicht so lange, als sie durch Tragen der Achselklappen ihre Zugehörigkeit zum Heere bezeichnen. Sie haben also entweder zu grüßen oder die Achselklappen zu entfernen.

* (Versammlungen.) Am Samstag abend stand in "Raffaeles Hof" eine Bürgerversammlung statt, in der ein Bürgerverein gewählt wurde. — Weiter stand am Sonntag nachmittag in demselben Lokale eine Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokraten statt, in der ein Mitglied des Arbeiterrates der Stadt Frankfurt, Winter, über die "Revolution und das arbeitende Volk", redete.

* Herr Sanitätsrat Dr. Weinberg schreibt uns: Der sicher-wohlgemeinte Artikel in Nr. 280 Ihrer Zeitung mit seiner Mahnung zur "Vorsicht bei Einquartierung" hat, wie verlautet, lebhafte Beunruhigung und Aufregung in der Bürgerschaft hervorgerufen. Es darf deshalb von Nutzen sein, darauf hinzuweisen, daß Übertragung von Geschlechtskrankheiten durch Abortive etwas äußerst Seltenes ist und eine einfache Reinigung der Abortive durch Abseifen zur Verhütung sicher genügt. Wichtiger ist zum Schutz vor Übertragung von Geschlechtskrankheiten, Verlausung, Krämpfe u. dgl. jede Reinigung von Haut auf Haut (also auch das Handhaben) zu vermeiden. Da es also leicht ist, sich zu schützen, braucht keine Beunruhigung die Bewilligung unserer Soldaten zu föhren.

Schönbach. Der Unteroffizier Karl Rumpf (1. Garde-Regt. z. F.), Sohn des Bürgermeisters Rumpf, wurde mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse ausgezeichnet.

Gladbach. In der Kreuzmühle bei Gladbach wurde zu nächtlicher Stunde eingebrochen. Der Mühlenseitzer Elmbrecht rückte mit dem Gewehr zu Leibe und brachte ihnen Schlägereien bei. Der eine entkam und der andere wurde in die Marburger Klinik gebracht. Es handelt sich um zwei aus einem Lager entflohenen russischen Gefangene.

Würges. Bei dem Überschreiten der Bahn geriet im Nebel das Fahrzeug einer Artillerie-Wagen-Kompanie unter einen herausrausenden Eisenbahngzug. Ein

Kanonier wurde derort schwer verletzt, daß der Tod sofort eingetreten ist.

Braubach. Einige Würte haben einen Abschlag des Weinspreises für 1918er eintreten lassen. In zweizehntel kosten jetzt 80 Pf. gegen seither 1 Mark.

O Postdiebstähle. Wöhrend der Unruhen der letzten Wochen sind in den früheren von uns besetzten Gebieten umfangreiche Postdiebstähle vorgekommen. So sind in Belgien in wenigen Tagen nicht weniger als 11 Eisenbahnwagen mit Postsendungen völlig ausgeraubt worden; in Ungarn sind nicht weniger als 18 Waggons mit 29 000 Paketen der deutschen Post Staubern in die Hände gefallen.

O Der Weihnachtspostverkehr. Vom 16. bis 24. Dezember treten im Paketverkehr einige Einschränkungen ein. Pakete mit Wertanzeige werden zur Beförderung nur angenommen, wenn sie abseits von Mitteilungen über den Inhalt ausschließlich Bargeld, Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine u. dergl. enthalten. Für die gleichen Tage werden dringende Pakete und Eisbestellungen von gewöhnlichen Paketen nicht angenommen. Zur Sicherung der vünftlichen Zustellung und zur Vermeidung von Stockungen im Postverkehr ist die frühzeitige Auflieferung der Weihnachtssendungen notwendig. Es ist zweitmäig, in den mit dauerhafter Abdruck versehenen Paketen eine Abschrift der Aufschrift beizulegen und auf der Paketaufschrift den Absender anzugeben. — Postsendungen, die von Arbeitsnachweisen aller Art zur Unterbringung von Erwerbslosen oder Angelegenheiten der Demobilisierung betreffen, werden unter dem Begriff „Heeresblatt“ für die Dauer der Demobilisierung gebührenfrei befördert. Voransetzung ist, daß die Arbeitsnachweise ihre Sendungen mit dem Dienststempel einer Reichs-, Staats- oder Gemeindebehörde versehen lassen. Ortsendungen müssen freigemacht werden.

O Wegen der bevorstehenden Weihnachtssendungen richtet die Postverwaltung nachstehende Bünche an die Absender, deren Erfüllung wesentlich dazu beitragen würde, die glatte Abwicklung des Weihnachts-Päckchenverkehrs zu erleichtern. Die Pakete sind unter Verwendung guter Packungsmaterialien recht dauerhaft herzustellen; in das Paket ist oben auf ein Doppel der Aufschrift zu legen; die Aufschrift ist deutlich, vollständig und haltbar herzustellen, der Name des Bestimmungsorts unter näherer Bezeichnung der Lage besonders groß und kräftig anzugeben; auf den Paketen selbst hat der Absender seinen Namen und Wohnort nebst Wohnung zu vermerken; die Weihnachtssendungen sind möglichst frühzeitig aufzuliefern und, wenn irgend möglich, freizumachen.

O Entfernung der roten Fahne von der Leipziger Universität. Die vom A.S.R. auf dem Universitätsgebäude gehissten roten Fahnen sind über Nacht von feldgrauen Studierenden entfernt worden. Der Rektor hat darauf die Universitätsfahne hissen lassen. Eine Soldatenabordnung, die im Namen des A.S.R. die übermalige Hissung roter Fahnen verlangte, wurde vom Rektor an das Kultusministerium als der vorgesetzten Universitätsbehörde verwiesen.

O Unter falschem Verdacht verhaftet wurde vor einigen Tagen der Beamtenstellvertreter Kohmann. Es hat sich nun herausgestellt, daß Kohmann die sieben Waggons Lebensmittel und sonstige Waren im Werte von 50000 Mark ordnungsgemäß in dem Speditionsveicher in der Lindenstraße in Berlin eingelagert und ganz im Rahmen seiner Befugnisse gehandelt hatte. Nach dieser Aufklärung sind Kohmann und die Transportbegleiter wieder auf freien Fuß gesetzt worden; die beschlagnahmten Waren, die der Marktenderei der Garde-Ersatz-Division gehören, sind wieder freigegeben worden.

O Eisenbahnunglüx bei Treptow. Acht Arbeiter, die zu einer mit der Reparatur von Gleisen beschäftigten Kolonne gehörten, wurden von einem in diese hineinfahrenden Eisenbahnzug unweit Treptow (bei Berlin) gefölt. Der Rottenführer hatte zur rechten Seite das Warnungssignal für einen nach dem Görlitzer Bahnhof fahrenden Zug gegeben. Die Arbeiter traten dann auch auf das Nebengleis, übersehen aber, da der Rauch der Lokomotive niederschlug, das Herannahen eines in entgegengesetzter Richtung gehenden Zuges. Im selben Augenblick fuhr dieser in die Arbeiter hinein.

O Die Zahl der Wähler. Nach Mittellungen verschiedener Blätter soll infolge der Ausdehnung der Wahlberechtigung die Zahl der Wähler etwa 40 Millionen betragen. Diese Zahl ist, wie die Volkszeitung nachweist, zu hoch gegriffen. Die amtliche Statistik weist nach, daß es bei der letzten Volkszählung im Dezember 1910 84 925 000 Einwohner in Deutschland gab. Davon waren 1 259 000 Ausländer. Im Alter von 20 Jahren und darüber standen 29 567 000 Einwohner. Sieht man diese 29 567 000, die noch nicht in wahlberechtigtem Alter auf Grund des neuen Wahlrechts standen, von der Gesamtzahl der Einwohner ab, so bleiben selbst wenn man die fünf Viertel Millionen Ausländer nicht berücksichtigt, im Höchstfalle 35 Millionen Wähler für die Nationalversammlung übrig.

O Kein Streik im Ruhrkohlenrevier. Entgegen den alarmierenden Nachrichten über den Ausbruch eines Streiks im Ruhrkohlengebiet kann erstaunlicherweise mitgeteilt werden, daß das Ruhrgebiet von der unsinnigen Streiklust noch frei ist. Nach einem Telegramm aus Bochum sind alle Seiten am Arbeiten.

O Der Leiter des Sicherheitsdienstes im Berliner Polizeipräsidium Brinck wurde seines Amtes entbunden weil seine Person nicht die genügende Gewalt für einen solchen verantwortungsvollen Posten biete. Er hatte u. a. die Löhnungen an die Mannschaften auszuzahlen, und zu diesem Zwecke wurden ihm 36 000 Mark vom Polizeipräsidium eingehändigt. Der weitauß größte Teil dieser Summe ist richtig an die Mannschaften ausgeschüttet worden, hinsichtlich der Verwendung des Restbetrages fehlen die Belege. Brinck, ein Mann von etwa 80 Jahren, hat ein gänzlich abenteuerliches Leben hinter sich. Er diente unter anderem in der Fremdenlegion, wo er es bis zum Leutnant brachte. Bei Ausbruch des Krieges wurde er als Infanterist eingezogen; er bewährte sich aber als Soldat und brachte es bis zum Bataillondirektor; infolge seiner großen Tapferkeit hat er sich auch eine ganze Reihe von Ordenszeichen erworben. In den Revolutionstagen schwang er sich zum Leiter des Sicherheitsdienstes auf, und der Polizeipräsidium bestätigte ihn in diesem Amt, dessen er nun nicht mehr als würdig befunden wurde. Die Leitung des Sicherheitsdienstes besteht jetzt aus dem Obermatrosen Paul Krüger, dem Musketier Fleischmann, dem Sanitätsoldaten Gabel und dem Arbeiterrat Swoboda, in Vertretung Landsturmmann Anderich.

O Ein deutscher Luftpostdienst. In nächster Zeit will man, so berichtet das Berliner Tageblatt, dazu übergehen,

einen Luftpostdienst einzurichten, der Berlin mit allen größeren Städten verbinden soll. Es ist zunächst in Aussicht genommen, drei Linien festzulegen, die die Reichshauptstadt mit dem Süden, Osten und Westen Deutschlands verbinden. Man wird auf Beförderung der Post die während des Krieges bewährten schweren Flugzeuge benutzen, die eine Nutzlast bis zu sechzig Sentnern zu befördern vermögen, um einerseits möglichst viel Postschicken zu können, andererseits den Preis für die auf dem Luftweg beförderten Briefe nicht allzu hoch schrauben zu müssen.

O Ein neuer Komet wurde am 23. November von dem Direktor der Hamburger Sternwarte im Bergedorf, Schnoor, im Sternbild des Stiers auf photographischem Wege entdeckt. Er ist sehr lichtschwach, von der Helligkeit 14. Größe und bewegt sich in westlicher Richtung fort.

O Rückgang der Geburten in Berlin während des Krieges. In Berlin ist die Zahl der Geburten vom Jahre 1913 bis zum Jahre 1917 gefallen von 42 498 auf 19 458, die Zahl der Todesfälle gestiegen von 28 067 auf 34 122 (ohne die Gefallenen und im Lazarett Gestorbenen). Hatte im Jahre 1913 die Zahl der Lebendgeborenen in Berlin die der Gestorbenen um 12 768 übertragen, so übertrugt umgekehrt im Jahre 1917 die Zahl der Toten die Geborenen um 15 397.

O Starres Sinken der ungarischen Weinpreise. Aus Budapest wird dem „Neuen Wiener Tagblatt“ berichtet: Die Weinpreise in Ungarn sind infolge des Altkönigshofes sowie der Einstellung des Heeresbeinkaufs stark zurückgegangen. Die Weine sind um 40 bis 50% billiger als vor vier Wochen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Beck.

Anzeigen.

An- und Verkaufsgenossenschaft.

Zur Frühjahrssaat nimmt unser Rechner Schäfer Bestellungen in Deutschem Klee, Ewig-Klee, Inkarnat-Klee bis Montag, den 9. d. M. entgegen.

Der Vorstand.

Hilfsdienststelle Herborn

Städtischer Arbeitsnachweis

Kaiserstraße 28

vermittelt männliche und weibliche Arbeitskräfte aller Art.

Dienststunden: 8—12 Uhr vormittags,
3—7 Uhr nachmittags.

Bekanntmachung.

1. Die Zwischenscheine für die 5% Schuldverschreibungen der VIII. Kriegsanleihe können vom

2. Dezember ds. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum 15. Juli 1919 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

2. Der Umtausch der Zwischenscheine für die 4½%, 5% Schatzanweisungen der VIII. Kriegsanleihe und für die 4½%, 5% Schatzanweisungen von 1918 Folge VIII findet gemäß unserer Anfang ds. Ms. veröffentlichten Bekanntmachung bereits seit dem

4. November ds. Js.

bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, sowie bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung statt.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im November 1918.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

Lebensmittelversorgung.

Am Mittwoch Verkauf von Kaffee-Ersatz gegen Abrechnung von Abschnitt Nr. 4 der Lebensmittelkarten in folgenden Verkaufsstellen:

Nr. 1—800	Kaisers Kaffee-Geschäft
" 801—1600	Gust. Meckel.
" 1601—2400	Karl Mährlein
" 2401—3200	Aug. Kureck.
" 3201—4000	Friedr. Zipp
" 4001 ab	Konsum Sandweg.

Herborn, den 2. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Ortsbefehl Nr. 1.

Zapfenstreich für Herborn wird hiermit auf 12 Uhr nachts festgesetzt und haben die Wirtschaftenpunkt 12 Uhr zu schließen.

Personen, welche nach 12 Uhr nachts ohne Ausweis auf der Straße betroffen werden, haben Festnahme zu gewärtigen.

Herborn, den 2. Dezember 1918.

Ortskommandantur:
Drepper, Hpm. d. Ldw.

Dr. Genters Delwachslederzug



Nigrin

denn er entspricht allen Anforderungen:
Gibt wasserfesten Glanz, macht das Leders weich, wasserfest und dauerhaft verdreht auch bei starker Kälte nicht.
Herrsteller auch des beliebten Parkettbodenwachs Robin: Carl Gentner, Göppingen.

Pferdefleisch

täglich zu haben so viel einer haben will ohne Marken.

M. Kehler, Pferdemetzger, Gießen.

Medizinische Baseline
empfiehlt
Drogerie A. Doeindr.

Preisliste kostenlos!	Beste widerstandsfähige Sorten
Alle Formen teils schon tragende Obstbäume	
Beerenträucher sowie Rosen	
Ziersträucher und Alleeäste	
Siegerländer Baumschulen	Willi Pätzold,
Weidenau Sleg)	Machen Sie eine Probebestellung.

Neuer Drogerieschrank mit Inhalt zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsst. ds. Bl.

Junge, frischmolkende Kuh

(gute Fahrkuh) mit Kalb zu verkaufen.

Johannes Heuser, Kölshausen bei Wehlar.

Kosmetol-Creme vorzüglich für Gesicht und Haarspülung empfiehlt

Drogerie A. Doeindr.

Zwei hochträchtige Schafe

zu verkaufen.

Johannes Heuser, Kölshausen bei Wehlar.

Evangel. Kirchenchor.

Dienstag abend 8½ Uhr: Gesangstunde.